Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur Fritz Reinhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Fern. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 83.

Bezugspreis: durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.60 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 13.50 Mark, monatlich 4.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg., Reklamepetitzeile 1.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 68. Dienstag, den 22. März 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die englischen Blätter heben den großen deutschen Sieg in Oberschlesien hervor. Star bezeichnet das Ergebnis der Abstimmung als einen sehr ernsten Schlag für Polen, sowie für die Politik Frankreichs, Polen zu einer Bedrohung Deutschlands zu machen.

•

In Bochum hat gestern eine Konferenz der Bergarbeiter stattgefunden, die beschloß, die Regierung um Einleitung neuer Verhandlungen in der Ueberschichten- und Lohnfrage zu ersuchen.

•

Wegen des Sinkens der Preise für den täglichen Bedarf sind die Löhne der englischen Eisenbahner ab 1. April um 5 Schilling wöchentlich herabgesetzt worden.

•

Der Versailler Vertrag soll dem amerikanischen Kongreß in der nächsten Session erneut vorgelegt werden mit dem Vorbehalt des Wegfalls des Völkerbunds-Abschnittes.

•

Chicago Tribune zufolge glaubt man in französischen politischen Kreisen, daß Bonar Laws Rücktritt damit zu begründen sei daß er Lloyd Georges Zustimmung zu der Haltung Frankreichs gegen der weiteren Besetzung deutschen Gebietes nicht gebilligt habe.

Der deutsche Abstimmungssieg in Oberschlesien.

(Von unserem in Oberschlesien weilenden Mitarbeiter.)

Kattowitz, 21. März.

Was wir erwarten durften, hat sich erfüllt. Nahezu zwei Drittel der Bevölkerung in Oberschlesien hat vor der Welt das Zeugnis abgelegt, daß es sein Heil und seine Zukunft nur in Verbindung mit dem Deutschen Reiche erblickt. Diese Erkenntnis hat in mehr als 700 000 Herzen und Hirnen gelebt und hat in der Abgabe des deutschen Stimmzettels seinen deutlichsten Ausdruck gefunden. Ein Abstimmungskampf liegt hinter Oberschlesien, der ohne Beispiel war, und wir können jetzt ja sagen, daß wir keinem deutschen Lande noch einmal einen solchen Kampf wünschen würden. Der Abstimmungskampf ist von der Gegenseite mit Mitteln geführt worden, die wir nicht anwenden konnten und die wir nicht anwenden durften, selbst wenn wir es gewollt hätten. Mit Hilfe der französischen Francs hat Korfanty in Oberschlesien eine Korruption geschaffen, die ihresgleichen sucht und nicht findet. Mit Hilfe seiner verantwortungslosen Hetze hat er namenloses Elend über viele deutsche Familien gebracht. Haß und Zwietracht sind entstanden zwischen Bevölkerungsteilen, die früher in Eintracht miteinander gelebt haben. Das alles aber muß nun zu Ende sein. Wir wollen uns von ganzem Herzen des Abstimmungssieges freuen und Vergangenes vergessen und vergeben. Die Oberschlesier sind angewiesen auf die Volkskreise, die da wünschten, eine bessere Zukunft in einem anderem Staat zu finden. Sie sind mit ihnen geeint durch den gemeinsamen Glauben, die gemeinsame Arbeit und die gemeinsame Heimat. Sollte da ein Zusammenleben so schwer werden? In dieser Stunde aber ist es an uns, daß wir denen, die deutsch gestimmt haben, den herzlichen Dank abstatten, auf den sie vollauf Anspruch haben. Wir haben auch den Organisationen, die unter den schwierigsten Umständen in restloser Hingebung und Pflichttreue für die deutsche Sache gewirkt haben, zu danken. Wir wollen und sollen uns jetzt des schönen Sieges freuen; wir dürfen aber nicht vergessen, daß die Entscheidung noch bei der Entente fällt. Sie kann nach unserer Auffassung nicht zweifelhaft sein, denn die Willenskundgebung des oberschlesischen Volkes war zu eindeutig, als daß die Entente diesem Votum Hindernisse entgegensetzen könnte. Oberschlesien hat entschieden, und Oberschlesien hat sich für Deutschland entschieden.

•

Präsident Ebert zum Abstimmungssieg.

Der Reichspräsident hat nach Bekanntwerden des oberschlesischen Abstimmungsergebnisses an den deutschen Bevollmächtigten in Oppeln, Fürsten Hatzfeldt, folgendes Telegramm gerichtet:

Eurer Durchlaucht spreche ich im Namen des ganzen deutschen Volkes unser aller freudige Genugtuung über das Ergebnis der Abstimmung in Oberschlesien aus. Ist auch nach den bisherigen Berichten der Erfolg in einzelnen Kreisen durch rechtswidrige gewaltsame Beeinflussungen beeinträchtigt worden, so bleibt die unumstößliche Tatsache bestehen, daß sich das oberschlesische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit für Deutschland entschieden hat. Ein hervorragendes Verdienst an diesem Ergebnis ist Ihnen und Ihrer Mitarbeiter aufopfernder Tätigkeit zuzuschreiben. Ich bitte Sie und Ihre Mitarbeiter, der steten Dankbarkeit der Reichsregierung und des deutschen Volkes versichert zu sein. Ebert, Reichspräsident.

Ans deutsche Volk!

Der Reichspräsident erließ folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

Die deutsche Sache in Oberschlesien hat einen entscheidenden Sieg errungen. Er ist dem einmütigen Einstehen des gesamten deutschen Volkes zu danken. Die eingesessene Bevölkerung, die ungeachtet aller gegnerischen Versuche, sie dem deutschen Gedanken zu entfremden, in ihrer überwiegenden Mehrheit treu zum Vaterland gehalten hat, die Stimmberechtigten Oberschlesiens aus dem Reiche und dem Ausland haben, erfüllt von der Liebe zur Heimat, Entbehrungen und Mühe nicht gescheut. Sie sind allen Einschüchterungsversuchen zum Trotz vollzählig nach Oberschlesien geeilt, um ihrer Pflicht gegen Heimat und Vaterland zu genügen. Mit größter Opferwilligkeit haben alle Schichten der Bevölkerung durch Sammlungen der Grenzspende die Mittel beigesteuert, um auch dem Aermsten die Reise nach Oberschlesien zu ermöglichen. Die Abstimmungsorganisationen haben durch hingebende unermüdliche Arbeit und mustergültiges Zusammenwirken das große Werk vollenden helfen. Ihnen allen ohne Ausnahme ist der bleibende Dank des deutschen Volkes gewiß.

Der Reichspräsident Ebert.
Der Reichskanzler Fehrenbach.

Der Reichstag flaggt!

Vom Reichstagsgebäude wehten gestern bereits in früher Morgenstunde vier schwarz-rot-goldene Fahnen, die der Hauptstadt nicht nur den Sieg in Oberschlesien verkündigten, sondern auch daran erinnerten, daß gestern vor 50 Jahren zum ersten Mal ein Deutscher Reichstag zusammengetreten ist.

Der Rücktransport.

Aus Oppeln wird gemeldet: Der Rücktransport der Oberschlesier beginnt am Mittwoch. Nach den nunmehr vorliegenden Abschlüssen der Eisenbahndirektion sind über Breslau 225 000 Oberschlesier in das Abstimmungsgebiet transportiert worden. Die Oppelner Zeitungen melden, daß unter den nach Oberschlesien gereisten Abstimmungsberechtigten 34 Deutsche aus Südamerika und fünf aus Japan gekommen waren.

•

Polen fordert Teile Oberschlesiens.

Der Pariser Matin meldet aus Warschau: Die geringe Mehrheit von etwa über 60 Prozent für Deutschland in Oberschlesien hat die polnische Regierung zu dem Antrag an die Alliierten bestimmt, diejenigen Gebiete, deren Mehrheit für Deutschland nur eine geringe ist, Polen zuzusprechen.

Die Abstimmung im Kreise Pleß ungültig?

Aus dem Abstimmungsgebiet verlautet der Berl. Börs.-Ztg. zufolge nichtamtlich, daß die Abstimmung im Kreise Pleß von den Italienern für ungültig erklärt wird, weil die Abstimmungsfreiheit durch den polnischen Terror zu stark beeinträchtigt war.

Der polnische Terror.

Aus dem Abstimmungsgebiet wird gemeldet: Von zwei Gruben des Kreises Rybnik wurden 100 Arbeiter durch polnische Terroristen vertrieben. Die Ortschaften des Kreises unterlagen unerhörtem Terror ohne militärischen Schutz. Am 18. März wurde in Godow das Automobil des Plebiszitkommissars durch ein Maschinengewehr beschossen. Der Begleiter wurde getötet, der Führer verletzt. An einigen Orten wurden die ankommenden Abstimmler verprügelt. Schwerster Terror wird auch aus dem nördlichen Teil des Kreises Pleß gemeldet. In der Umgegend von Nikolai wurden Abstimmler und deren Gastgeber bedroht, beschimpft und teilweise verletzt. Die deutschen Mitglieder des Wahlbüros in Radzionkau im Kreise Tarnowitz legten ihre Aemter nieder, weil ihnen ihre Ermordung angedroht wurde. Aehnliche terroristische Fälle werden aus den Kreisen Groß-Strehlitz, Kattowitz, Hindenburg und Gleiwitz-Land gemeldet. Zahlreiche Dörfer forderten militärischen Schutz an, da sonst die Ausübung der Abstimmung unmöglich sei.

Flaue Stimmung in Warschau.

Die Morningpost meldet aus Warschau: Infolge Einspruchs der alliierten Vertreter wurden Sonntag früh die polnischen Truppen von der Grenze zurückgenommen. In Warschau herrschte am Sonntag keine Siegesstimmung.

Amerika für ein einheitliches Oberschlesien.

Das Echo de Paris meldet aus Newyork: Der Sun gibt eine Unterredung mit dem neuen Staatssekretär wieder, die die oberschlesische Abstimmungsfrage betrifft und die amerikanische Stellungnahme dahin festlegt, daß nach dem Versailler Vertrag keine Proteste gegen die von der Entente kontrollierte Abstimmung zulässig seien, und Oberschlesien demjenigen zufallen müsse, der die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen besitzt.

Der Umbau der Einkommensteuer

Das Zusammentreffen ist fast humorvoll. Just in den Tagen, da die Finanzämter endlich die Steuererklärungsformulare für 1920 hinausschicken, da der geplagte Staatsbürger sich daranmacht, die unerschöpfliche Fragelust dieses Druckwerkes nach bestem oder auch nach bekömmlichstem Gewissen zu befriedigen — just in den Tagen erreichte eine Gesetzesnovelle ihren Abschluß, die für den größten Teil der Bevölkerung die Abgabe einer Steuererklärung überhaupt überflüssig zu machen verspricht während für den Rest zum mindesten ein Teil der Fragen anders wird lauten müssen. So ziemlich die ganzen Mühen und Kosten, die von Behörden und Zensiten hier aufgewandt und verlangt werden, muß man jetzt in den Rauchfang schreiben. Denn der Reichstag hat am Sonnabend das Abänderungsgesetz beschlossen, das eine vollkommene Umwälzung der Veranlagungsmethoden und eine sehr weitgehende Abänderung der Tarife enthält. Die Umwälzung der Veranlagungsmethoden betrifft die Festbesoldeten und führt den Titel Lohnsteuer. Sie besteht darin, daß der Steuerabzug vom Lohn künftighin nicht mehr nur einen Teilbetrag der wirklichen Steuerpflicht erfassen soll, so daß bei Jahresabschluß noch mehr oder minder erhebliche Nachzahlungen auf Grund regulärer Steuererklärungen erforderlich sind; sondern daß die gesamte Steuerpflicht an der Quelle erfaßt, also unmittelbar vom Lohn in Abzug gebracht wird, womit kein Bedarf mehr für eine eigentliche Steuererklärung besteht. Dieser Teil der Neuordnung ist fast zwangsmäßig aus den Zeitverhältnissen herausgewachsen. Die Teuerung ist derart gestiegen und läuft den durchschnittlichen Besoldungssätzen dermaßen voraus, daß dem kleinen Mann kaum noch die Kraft zuzutrauen ist, aus seinem verhältnismäßig dürftigen Einkommen noch Beträge für die vierteljährlich zu entrichtende Steuer zu reservieren. Ein Mann mit Frau und drei Kindern, der 20 000 Mark Jahreseinkommen bezieht, hat nach den bisherigen Sätzen 2928 Mark Steuer zu entrichten; davon werden ihm aber nur 1650 Mark sofort abgezogen; er hätte also aus eigener Initiative allvierteljährlich über 300 Mark für Steuerzwecke bereitzustellen. Er wird das nur in den allerseltensten Fällen tun, und die Folge davon müßte bei bisheriger Methode sein, daß die Steuerbehörde in einer Unsumme von Fällen zu Zwangsbeitreibungen zu schreiten hätte, für die ein ganzes Heer von Beamten erforderlich wäre und die dennoch sehr häufig erfolglos bleiben würden.

Es ist zunächst eine Erleichterung für die Behörden, tatsächlich aber auch eine Erleichterung für jeden Steuerzahler, wenn durch die geplante Lohnsteuer diese Zahlungsschwierigkeiten, Mahnungen und Pfändungen ein für allemal aufhören. Eine große Vereinfachung ergibt sich aus dem neuen Schema für die steuerfreien Abzüge, das in dem Gesetz vorgeschrieben ist. Es soll künftighin der eigentliche Steuerbetrag ganz einfach um monatlich 10 Mark = jährlich 120 Mark pro Haushaltsperson gekürzt werden, unter Fortfall aller bisher üblichen Abzugsvergünstigungen. Die monatliche Rechnung für einen Festbesoldeten, dessen Familie aus fünf Köpfen besteht (Vater, Mutter und drei Kinder) und der 20 000 Mark Jahreseinkommen, gleich 1666 Mark monatlich bezieht, würde sich demnach folgendermaßen stellen:

Monatseinkommen		1666.— Mk.
10 % Lohnsteuer	166.60 Mk.	
davon ab 5 × 10 Mk.	— 50.— Mk.	
also Steuerbetrag	116.60 Mk.	116.60 Mk.
	also auszuzahlen	1549.40 Mk.

Doch beschränkt sich das Gesetz nicht auf diese Vereinfachung: es gewährt auch eine fühlbare Steuer-Erleichterung. An unserem Beispiel sehen wir das deutlich. Die monatliche Steuerpflicht neuen Schemas belief sich hier auf 116.60 Mark, während sie nach den bisher gültigen Sätzen 244 Mark ergeben hätte. Das rührt aus der tiefgehenden Veränderung der gesamten Tarife her, die einen ferneren Teil der neuen Novelle ausmacht. Bisher bestanden 51 Steuerklassen. Die Steuerpflicht begann bei 1500 Mark Jahreseinkommen, betrug für Jahreseinkommen zwischen 1500 und 2500 Mark 10 Prozent und wuchs zunächst für jede folgenden 1000, dann für jede folgenden 2000, 3000 usw. Mark um je 1 Prozent. Es war ein äußerst kompliziertes System, das schon auf sehr niederen Einkommensstufen zu hohen Steuersätzen führte. An seiner Statt hat man jetzt 10 Klassen eingerichtet, mit 10 Prozent von allen Einkommen bis zu 24 000 Mark beginnend, und dann rasch bis zu 60 Prozent als Höchstgrenze ansteigend. Der genaue Tarif nimmt sich folgendermaßen aus:

Von Einkom. u. Einkommensteilen b. zu	24 000 Mk.	10 %
Von Einkommensteilen zw.	24 000 u. 30 000 Mk.	15 %
Von Einkommensteilen zw.	30 000 u. 35 000 Mk.	20 %
Von Einkommensteilen zw.	35 000 u. 40 000 Mk.	25 %
Von Einkommensteilen zw.	40 000 u. 45 000 Mk.	30 %
Von Einkommensteilen zw.	45 000 u. 50 000 Mk.	35 %
Von Einkommensteilen zw.	50 000 u. 120 000 Mk.	45 %
Von Einkommensteilen zw.	120 000 u. 200 000 Mk.	50 %
Von Einkommensteilen zw.	200 000 u. 400 000 Mk.	55 %
Von Einkommensteilen über	400 000 Mk.	60 %

Das bedeutet bei allen kleinen Einkommen eine kräftige Verminderung der bisherigen Sätze, bei den gro-

SLUB Wir führen Wissen.